

BA VII 480

Protokoll



Über die 132. Sitzung des Rates der Stadt am Donnerstag,
d. 11. 5. 50 um 8,30 Uhr.

Anwesend: Oberbürgermeister Jentsch,
Bürgermeister Makosch,
die Stadträte: Gorsky, Henschel, Senkowski, Hanschke,
Krappe, Zorn,
Stadtverordnetenvorsteher Martin. Entschuldigt fehlen:
Stadtrat Pinnow, Ruhrberg, Freitag, Noack.

Tagesordnung:

1. Gewerbeanträge.
2. Stellungnahme zur Bildung des Landkreises Frankfurt-Oder.
3. Antrag des Rechtsamtes vom 2. 5. 50 betr. Genehmigung des mit der Jugendheim G.m.b.H. Potsdam geschlossenen Grundstücksüberlassungsvertrages.
4. Antrag des Stadtbaumeisteres - Hochbau - vom 10. 4. 50 betr. Neubauernbauprogramm.
5. Weitere Eingänge.

Zu Punkt 1.):

Gewerbeanträge, s. besondere Liste.

Zu Punkt 2.):

Der Rat der Stadt nimmt die Berichte des Herrn Stadtkämmerer Gorsky und des Leiters des Hauptamtes, Herrn Herzog über die bereits stattgefundenen Verhandlungen im Landkreis Lübben und bei der Landesregierung zur Kenntnis, außerdem das Gesetz über die Änderung der Gemeinde- und Kreisgrenzen, das nunmehr im Wortlaut vorliegt und dem Runderlaß der Landesregierung Nr. 16/50 vom 4. 5. 50.

Aufgrund dieses Runderlasses wird beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen mit dem Antrag, sich mit der Umwandlung des bisherigen Stadtkreises Frankfurt-Oder in eine kreiszugehörige Stadt einverstanden zu erklären, mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß an der Struktur bezüglich der durch Landtagsbeschluss eingemeindeten 5 Ortschaften nichts geändert werden soll.

Außerdem ist ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen, der sich damit einverstanden erklärt, daß die Stadt Frankfurt-Oder als Kreisstadt dem neu zu bildenden Landkreis Frankfurt-Oder eingegliedert wird.

Der Rat der Stadt erklärt sich mit der vom Oberbürgermeister gebildeten Kommission einverstanden. Dieser Kommission gehören an:

Herr Bürgermeister Makosch, Herr Stadtkämmerer Gorsky,
Herr Stadtverordnetenvorsteher Martin, der Leiter des

Hauptamtes

18
JAN 51

Hauptamtes, Herr Bernag, der Leiter des Personalamtes, Herr Möcker, der Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Herr Jung, der Leiter der Abteilung Flakasta, Herr Furtz, der BGL. Vorsitzende, Herr Mandtke.

Die Kommission hat die Aufgabe, über die neue Struktur der Verwaltung, sowie über Stellenplan, Aufgabenverteilung, Haushaltswesen und die räumliche Unterbringung zu beraten und dem Rat der Stadt entsprechende Vorlagen rechtzeitig zuzuleiten. Ebenso sind die Ergebnisse über Verhandlungen mit den infrage kommenden Kreisen, soweit erforderlich, dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Der Rat der Stadt ist sich darüber klar, daß die räumliche Unterbringung des Landratsamtes außerordentlich schwierig sein wird. Er erkennt es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Nordostflügel des Rathauses umgehend zur Benützung hergerichtet wird. Nach den bereits bewilligten 82 000 DM zur Errichtung des Daches werden hierfür voraussichtlich noch 300 000.-- DM für das Jahr 1950 erforderlich sein. Damit ist aber eine völlige Wiederherstellung des Rathauses noch nicht gewährleistet, sodaß noch ein Geldbetrag von 150 000.-- DM für das Jahr 1951 bleibt.

Zu Punkt 3.):

Zu der Vorlage des Rechtsamtes vom 2. Mai 1950 betr. Genehmigung eines Grundstücksüberlassungsvertrages mit der Jugendheim G.m.b.H. in Potsdam wird einstimmig beschlossen, dem vorgelagten Entwurf zuzustimmen. Die Auflösung an die Jugendheim G.m.b.H. soll sofort erfolgen.

Zur Regelung des Erwerbs des Matsdorf'schen Grundstückes wird beschlossen, das Rechtsamt mit der weiteren Erledigung in Verbindung mit der Jugendheim G.m.b.H. zu beauftragen. Verhandlungen mit dem Eigentümer sind beschleunigt zu führen und evtl. ist der Weg der Enteignung zu beschreiten. Dabei ist unberücksichtigt gelassen, ob es sich später zweckmäßig erscheinen wird, die Federführung an die Jugendheim G.m.b.H. abzutreten.

Zu Punkt 4.):

Die Vorlage des Stadtbaumeisters vom 10. 4. 50 betr. Neubauernbauprogramm, sowie die noch später eingegangene Vorlage des Herrn Stadtkämmerer Gopsky vom 2. 5. 50 werden nach einer Aussprache zurückgezogen. Es wird vereinbart, diese Anregungen als Material an die Aktion "Wir bauen auf" zu verweisen.

Zu Punkt 5.): Weitere Eingänge.

- a) Der Rat der Stadt nimmt Stellung zu der Tatsache, daß die Forstverwaltung und das KWU. in Pagan an der sogenannten Eichenstrift 41 Eichen abgeholzt hat und beschließt, zunächst einmal die Rechtslage zu klären, um festzustellen, wer zum Einschlag von Straßenbepflanzung berechtigt ist. Außerdem soll, wenn die Rechtslage geklärt ist, eine Planung durchgeführt werden und zwar insofern, daß versucht werden soll, Nutzholz zu schlagen und dafür Obstbäume zu pflanzen.

b)

2

- b) Der Oberbürgermeister gibt Kenntnis von der am 5. 5. 50 beim Herrn Minister Falkenberg stattgefundenen Besprechung betr. Industrialisierung Frankfurt's.
- c) Es wird beschlossen, die Umszugskosten für Herrn Dr. Heinersdorff in Höhe von 563,50 Dm zu übernehmen. Herrn Dr. Heinersdorff soll eröffnet werden, daß er die Umszugskosten zurückzuerstatten hat und zwar in Höhe von 75 %, falls er innerhalb des ersten Jahres sein Dienstverhältnis löst, im zweiten Jahr 50 % und im dritten Jahr 25 %.
- d) Die von Herrn Stadtrat Henschel vorgelegte Kühlhausordnung für den Schlachthof wird gemäß des Entwurfes einstimmig angenommen.
- e) Herr Stadtrat Senkowski teilt mit, daß er gemäß seiner bereits schriftlich gegebenen Mitteilung aus dem Rat der Stadt ausscheidet.

Ende der Sitzung 13.45 Uhr.

Herrn Stadtrat Gorsky mit der Bitte um Erledigung zu Punkt 5 c)

Vfg.

- 1) Von dem Beschluss zu Pos. 5 c) ist ein Auszug für das Amt Haushalt gefertigt worden.
Herrn Dr. Heinersdorff wurde unterm 16.5.50 mitgeteilt, daß die Umszugskosten in Höhe von 563,50 DM vom Rat der Stadt übernommen werden mit der Auflage, daß der Betrag zurückzuerstatten ist, und zwar in Höhe von
75 %, falls er sein Dienstverhältnis innerhalb des ersten Jahres,
50 % innerhalb des zweiten Jahres,
25 % innerhalb des dritten Jahres
löst.
Der Vorgang befindet sich beim Amt Haushalt.

2) Z.d.A.

Frankfurt-Oder, den 16. Mai 1950.
Abt. Finanzen.

Vf.

1) Von den Beschlüssen zu Nr. 5 a) ist eine Anzahl für das am
 Hauszahl gefertigt worden.
 Nach der Reinschrift wurde etwa 18.000 gefertigt, das
 die Ausgaben in Höhe von 200,00 M. von der Stadt übernommen
 werden als der Anlage, das der Reinschrift gefertigt ist, und
 zwar in Höhe von
 75 % für die ersten drei Jahre innerhalb des ersten Jahres,
 25 % innerhalb des zweiten Jahres,
 25 % innerhalb des dritten Jahres.

Der Vorgang befindet sich beim Amt Hauptstadt.
 2) 2.0.0.0.
 Frankfurt-Oder, den 10. Mai 1920.
 Amt Hauptstadt.

4

P r o t o k o l l

über die in der Ratssitzung am 11. 5. 50 behandelten Gewerbeanträge.

1. In der Angelegenheit Fa. Minde, Landmaschinen, Leipziger-Straße wird nach Kenntnisaufnahme der der Firma Minde nachgewiesenen Vergehen wirtschaftlicher und krimineller Art durch den Rat der Stadt einstimmig beschlossen, der Firma Minde die Gewerbeerlaubnis mit sofortiger Wirkung zu entziehen. Bei der Firma Minde wurden seit Jahren fortlaufend Verstöße gegen einschlägige Bestimmungen festgestellt und zum großen Teil rechtskräftig abgeurteilt. Diese Maßnahmen führten nicht zu einer Besserung. Es ist daher der Bevölkerung und besonders den werktätigen Bauern nicht mehr zuzumuten, daß dieser untragbare Zustand weiter aufrecht erhalten bleibt. Die Betriebsleitung der Firma Minde hat sich fortlaufend im höchsten Maße als unsicher und verbrecherisch erwiesen.
2. Erich P e s c h k e, Trautmannstraße 32, Fuhrbetrieb, wird abgelehnt, Bedürfnisfrage wird verneint.
3. Gerhard H o a c k, Berliner Straße 6, Spezial-Tabakwarengeschäft, der Antrag wird genehmigt.
4. Georg Lange, Gölitzner Straße 25, Tabakwaren u. Spirituosen i. Fl., der Antrag wird genehmigt.
5. Erich P e t s c h e l, Tischlermst. Beckmannstraße 3, Tischlerei, der Antrag wird genehmigt.
6. Martha W o l l i n a, Luckauer Straße 22, Obst-, Gemüse- u. Blumengeschäft, der Antrag wird abgelehnt, da Bedürfnisfrage verneint.
7. Luise B r o s e, Schulstraße 7, Obst- und Gemüsegeschäft für Markt- und Straßenhandel. Der Antrag wird genehmigt für den Wochenmarkt Mittwoch u. Sonnabend, aber nicht für den Straßenhandel.
8. Geschwister B a l k e, August Bebelstr. 31, Blumen- u. Kranzbinderei, der Antrag wird genehmigt.
9. Hedwig W i l k e, Kl. Mühlroser Str. 19, Lebensmittelgeschäft, die Überschreibung des Gewerbes auf den Ehemann wird genehmigt.
10. Johann Gebels, Gubener Str. 12, Handpuppentheater, Antrag für Wandergewerbeschein wird genehmigt.
11. Emma J a n d k e, August Bebelstr. 113, Reparaturwerkstatt für Büro-maschinen, der Antrag wird zurückgestellt bis zur Ablegung der Meisterprüfung.

12.

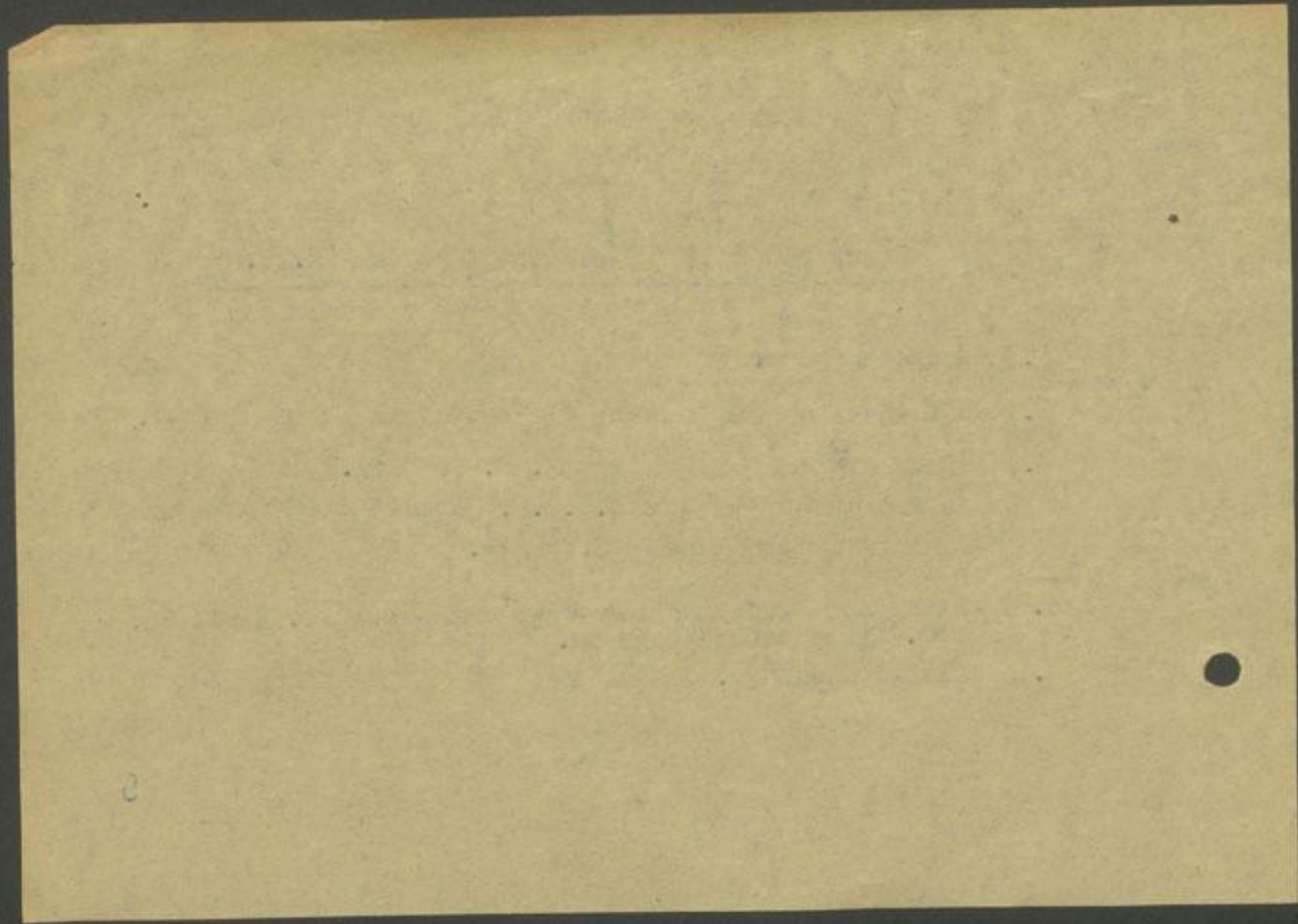
3

12. Martha G e s c h e,
Geopelstraße 6-7
Zusatzantrag für 10 Toiletten
wird genehmigt.
13. Frieda S c h m a l l e,
Rathenaustraße 65
Erweiterungsantrag für Schreib-
waren und Geschenkartikel wird
abgelehnt.
14. Hermann R o x,
Walter Kersing Str. 11,
Erweiterungsantrag Handel mit
Spirituosen und Flaschenbier
wird genehmigt.
15. Karl B ü h n e,
Cottbuser Straße
Erweiterungsantrag auf Handels-
erlaubnis von in das Fach schla-
genden Artikeln,
der Antrag wird abgelehnt.
16. Fritz Tegtmeyer,
Gubener Str. 2
Erweiterungsantrag zum Handel
auf Tombolagewinne,
der Antrag wird abgelehnt.
17. Erika Schwebke,
Leipziger Str. 116
Handel mit Damen- Herrenhüten
und Mützen
Damen- und Kinderkopfbedeckung,
der Antrag wird genehmigt,
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
18. Gaiach & Zachert,
August Bebelstraße
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
19. Hildegard Schlosser,
Tunnelstraße
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
20. Fritz Schlosser,
Berliner Straße
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
21. Dora F u c h s,
Dresdener Str. 15
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
22. Barkhardt,
Leipziger Platz,
dasselbe wie 17.)
der Antrag wird genehmigt.
23. Paul Virus,
Kindenstraße
Elektro-Inst. Betrieb u. Rep.
Ferkstatt,
der Antrag auf Umschreibung
auf Ernst Virus wird genehmigt,
der Antrag wird genehmigt.
24. Fleischerei u. Wurstfabrik
Schlachthof, Küstriner Straße
Erlaubung f.d. Lederwaren-
Schuhbedarfverkauf
Antrag für diesen Gewerbezweig
wird abgelehnt.
25. Ernst D r ä g e r,
Gürlitzer Straße 21
Erweiterung der Gewerbegeheim-
gang auf Mitinhaber Hermann Enge.
Antrag wird genehmigt.
26. H o l d t, Stiftsplatz
Handelsvertretung . Antrag auf
Umwänderung zur handelagericht-
lichen Eintrag wird genehmigt.
27. J ä g e r,
Antrag auf Wandergewerbeschein
für Blumen- Obst- u. Gemüse
wird abgelehnt.
28. G u n t h e r,
nach Rücksprache mit VVEAB.
wird Antrag abgelehnt.
29. B r e c h l i n,
Aufbau des Wohnhauses als Ge-
schäftsraum. Antrag wird
30. G e h r m a n n,

6

Tagesordnung für die Ratssitzung am 11. 5. 50

- 1.) Gewerbeanträge.
 - 2.) Stellungnahme zur Bildung des Landkreises Frankfurt-O.
 - 3.) Antrag des Rechtsamtes vom 2. 5. 50 betr.: Genehmigung des mit der Jugendheim G.m.b.H. Potsdam geschlossenen Grundstücküberlassungsvertrages.
 4.) Antrag des Stadtbauamtes - Hochbau - vom 10. April 50. betr. Neubauernbauprogramm.
 - 5.) Weitere Eingänge.
- 5



Frankfurt/Oder, den 2. Mai 1950.

An den
Rat der Stadt

über
den Herrn Oberbürgermeister
Frankfurt/Oder

Vorlage

Re/satzung am 11.5.50

Tagesordnungspunkt Nr. 5

Betr.: Genehmigung des mit der Jugendheim G.m.b.H. in Potsdam
geschlossenen Grundstücksüberlassungsvertrages und Be-
schlußfassung über Fortführung der Verhandlungen.

Es wird gebeten, auf die Tagesordnung in der nächsten Sitzung des
Rates der Stadt folgenden Punkt zu setzen:

" Genehmigung des mit der Jugendheim G.m.b.H. in Potsdam
geschlossenen Grundstücksüberlassungsvertrages und Be-
schlußfassung über Fortführung der Verhandlungen."

Als Berichterstatter zu diesem Punkt wird gebeten, Herrn Dr. Weigend
vom Rechtsamt zu laden.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung vom 26.1.1950 beschlossen,
den Carthausplatz an die Jugendheim G.m.b.H. Sitz Potsdam zu über-
eignen und das Rechtsamt mit der Verfassung des diesbezüglichen Grund-
stücksüberlassungsvertrages beauftragt.

Diesem Auftrage kann das Rechtsamt nach und legt den diesbezüglichen
Grundstücksüberlassungsvertrag dem Rat der Stadt zur Genehmigung vor,
nachdem bereits die Jugendheim G.m.b.H. am 27.4.1950 ihr Einverständ-
nis zu der vorgeschlagenen Fassung gegeben hat.

Es soll nur auf § 2 und § 3 des Vertrages hingewiesen werden. Laut § 2
hat die Jugendheim G.m.b.H. die grundsätzlich festgelegte Verpflich-
tung übernommen, den zwischen dem jetzigen Buschmühlenweg bzw. dem
Platz am Carthaus und der künftigen Westgrenze liegenden Geländeteil
kostenlos sofort an die Strassengemeinde als Strassenland zurückzugeben,
sobald diese es fordert. Ich habe mich mit dem Finanzamt in Verbindung

gesetzt und die Textierung des § 3 so vorgenommen, dass mit nahezu vol-
ler Bestimmtheit anzunehmen ist, dass diese Grundstücksübergabe von
der Grunderwerbsteuer befreit wird. Sollte trotzdem eine solche zur
Vorschreibung kommen, so geht sie zu Lasten der Jugendheim G.m.b.H.
In seiner Sitzung vom 6.4.50 hat der Rat der Stadt Frankfurt/Oder weiter
beschlossen, dass das Rechtsamt die Vorbereitung zum Erwerb des angren-
zenden Matsdorff'schen Geländes einzuleiten hat. Ich habe mich bereits
mit Herrn Wehlmann, dem Vertreter der Frau Matsdorff, in Verbindung ge-
setzt, welcher mir sagte, dass seine Vollmacht nicht soweit gehe, um in
Verkaufsverhandlungen einzutreten. Weiteres teilte mir Herr Wehlmann
mit, dass sich die Eigentümerin Frau Matsdorff derzeit in Basel befin-
den dürfte und es nicht ausgeschlossen ist, dass sie wieder die schwei-
zerische Staatsangehörigkeit erworben hat. Ein Umstand, der bei einer
evtl. Enteignung zu berücksichtigen wäre. Ferner erfuhr ich durch Herrn
Wehlmann, dass sich der Sohn der Frau Matsdorff, Herr Rudolf Matsdorff,
in Kempten/Allgäu befindet, und ich habe mich bereits mit ihm am 24.4.50
wegen eines Verkaufes in Verbindung gesetzt, ohne jedoch bis heute eine
Antwort erhalten zu haben.

Derzeit

Derzeit wird das Gelände nach mir gemachten Mitteilungen von den Russen benutzt, die vierteljährlich an Pacht 2.080,--DM zahlen. Der Einheitswert beträgt 100.300,--DM.

Nach dem dem Rechtsamt vorliegenden Plan wird dieses der Frau Matsdorff gehörige Grundstück unbedingt benötigt, da ein Teil des Stadions auf dasselbe zu liegen kommt und weiteres dorten die Tennisplätze angelegt werden sollen.

Es fragt sich nun, ob das Rechtsamt die Verkaufsverhandlungen weiterführen will oder ob dies Sache der Jugendheim G.m.b.H. ist. Es wird daher um diesbezügliche Weisungen gebeten.

Das Rechtsamt stellt somit den Antrag, den mit der Jugendheim G.m.b.H. abgeschlossenen Grundstücksüberlassungsvertrag zu genehmigen und dem Rechtsamt weitere Mitteilungen zu machen, wer die Verkaufsverhandlungen mit Matsdorff zu führen hat.

(Dr. Weigand)

Zwischen der Stadtgemeinde Frankfurt/Oder, vertreten durch ihren
Oberbürgermeister J e n t s c h

einerseits

und der Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam

andererseits

ist nachstehender Grundstücksüberlassungsvertrag abgeschlossen:

§ 1

Die Stadtgemeinde Frankfurt/Oder ist Eigentümerin der im Grundbuch von Frankfurt/Oder-Gubener Vorstadt Band 72 Blatt 2519 eingetragenen Grundstücke Flur 61 Flurstück Nr. 2, 4, 5, 6, 10/1 und 8/3 im Gesamtausmaß von 6 ha, 92 a und 43 qa. Diese Grundstücke sind lastenfrei.

§ 2

Die Stadtgemeinde Frankfurt/Oder übergibt aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Frankfurt/Oder vom 26.1.1950 diese Grundstücke der Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam in das Eigentum. Die Jugendheim G.m.b.H. hat ausdrücklich die Verpflichtung übernommen, das der zwischen dem jetzigen Buschmühlenweg bzw. dem Platz am Carthaus und der künftigen Westgrenze des Stadions (Sportplatz) liegende Gelände teils kostenlos sofort an die Stadtgemeinde als Straßenland zurückgegeben werden muss, sobald diese es fordert. Sollten seitens der neuen Eigentümerin irgendwelche Bauten oder sonstige Veränderungen auf diesem zurückzugebenden Gelände vorgenommen worden sein, so ist dies auf Kosten der neuen Eigentümerin in den vorherigen Zustand zu versetzen. Diese Verpflichtung der Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam ist im Grundbuch einzutragen.

§ 3

Dieses an die Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam übergebene Gelände wird zur Anlage eines Stadions (Sportplatzes) sowie für Grün- und Parkanlagen verwendet, die allgemein für die gesamte Bevölkerung zugänglich sind. Es wird daher aufgrund des § 4 Zahl 4 bzw. 5 des Grunderwerbsteuergesetzes die Befreiung von der Grundsteuer in Anspruch genommen. Sollte trotzdem eine solche zur Vorschreibung gelangen, so geht diese zu Lasten der Jugendheim G.m.b.H., Potsdam, sodass der Stadtgemeinde Frankfurt/Oder keine, wie immer gearteten Anlagen entstehen dürfen. Ebenso gehen alle Kosten und Lasten, falls solche wider Erwarten zur Vorschreibung kommen sollten, ausschliesslich zu Lasten der Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam.

§ 4

Die Übergabe erfolgt mit der Unterfertigung des Vertrages durch beide Parteien. Mit dem Tage der Unterfertigung übergehen auch sämtliche Nutzungen, Lasten und Abgaben an die Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam.

§ 5

Einverständnis wird festgestellt, dass dieser Grundstücksüberlassungsvertrag erst dann in Wirksamkeit tritt, wenn derselbe durch den Rat der Stadt Frankfurt/Oder und der Geschäftsführung der Jugendheim G.m.b.H., Berlin genehmigt wird.

§ 6

Endlich gehen beide Vertragsteile nachstehende Auflassungserklärung ab: Wir sind darüber einig, dass das Eigentum an den in Frankfurt/Oder-Gubener Vorstadt gelegenen, im Grundbuch von Frankfurt/Oder Band 72 Blatt 2519 verzeichneten Grundstücken von der Stadtgemeinde Frankfurt/Oder an die Jugendheim G.m.b.H., Sitz Potsdam übergeht.

Die

7

Die Stadtgemeinde Frankfurt/Oder in Frankfurt/Oder bewilligt und
die Jugendheim G.m.b.H. in Potsdam beantragt die Eintragung die-
ser Eigentumsänderung im Grundbuch von Frankfurt/Oder.

Stadtamt
- Hochbau

Frankfurt-Oder, den 10. Mai 1950

9

An den
Rat der Stadt
über Herrn Oberbürgermeister
im Hause

132 Vorbescheid 11.5.10
Tagesordnungspunkt Nr. 4

Bau- u. Neubauraubauprogramm.

Im Jahre 1949 konnten nicht alle Bauten für das Neubauraubauprogramm fertiggestellt werden. 45 Wohnhäuser und 35 Ställe stehen noch unfertig da. Um die Bauarbeiten so weit durchzuführen, dass diese Häuser bezogen werden können, sind noch 125.000.- DM erforderlich. Von dieser Summe können 21.000.- DM dadurch aufgebracht werden, dass die Kredite noch nicht in der vollen Höhe in Anspruch genommen worden sind. Da die Siedler selbst nicht die notwendigen Mittel haben, um die restlichen 107.000.- DM aufzubringen und von der Landesregierung auf keinen Fall weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, ist es erforderlich, dass diese Summe innerhalb des Stadtkreises als Gemeinschaftshilfe aufgebracht wird. Es wird deshalb gebeten, der Rat der Stadt wolle beschließen, diese Gemeinschaftshilfe auf breiterer Grundlage so zu organisieren, dass monatlich mindestens 11.000.- DM in bar für die Fertigstellung der Neubauraubauhäuser zur Verfügung gestellt werden können, wenn das Bauprogramm von 1949 bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden soll. Es ist zu beachten, dass für die Durchführung der Arbeiten die Bevölkerung nicht herangezogen werden, sondern dass dafür Facharbeiter erforderlich sind. Wenn diese Facharbeiter allein diese Arbeiten fertigstellen sollen, dauert es Jahre bis das letzte Haus

nur in Sondereinsätzen

8

Haus fertiggestellt ist. Es ist erforderlich, dass sich die gesamte Bevölkerung daran beteiligt und zwar durch Geldspenden, die den Einsatz von Facharbeitern möglich machen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Form der Gemeinschaftshilfe in anderen Städten, z.B. Forst und Magdeburg, schon längst mit grossem Erfolg durchgeführt wird.

Henschel
(Henschel)
Stadtrat

